



Flüchtlinge am Wiener Westbahnhof im September 2015: Ein wichtiges Ziel ist ein neues EU-Schutzsystem im Bereich Asyl.

Europa und die „Sicherheitskrise“

Forscher und Praktiker diskutierten bei der Konferenz „Die Sicherheitskrise“ über neue Herausforderungen für die interne und externe Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Der primärrechtliche Rahmen der Sicherheitspolitik der Europäischen Union, das Management externer Krisen und weitere sicherheitspolitische Fragen in Europa waren Themen der fünf Panels bei der Konferenz „Die Sicherheitskrise. Neue Herausforderungen für die interne und externe Sicherheitspolitik der EU“ am 23. und 24. März 2017 an der Universität Graz. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Team des Instituts für Europarecht um ao. Univ.-Prof. Dr. Hubert Isak.

Präsentiert wurden Fallstudien zum externen Krisenmanagement. Außerdem wurde der Frage nachgegangen, ob die EU einen Raum der Sicherheit darstelle. Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der Parlamentsparteien. Diese setzen sich mit der Legitimität der euro-

päischen Sicherheitspolitik und der Frage auseinander, welchen Beitrag die Parlamente dazu leisten könnten.

Europäische Sicherheitsstrategien.

Gruppenleiter Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU und Öffentlichkeitsarbeit) im Bundesministerium für Inneres (BMI), diskutierte mit Botschafter Dr. Gerhard Jandl, Sicherheitspolitischer Direktor im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA), am Panel „Die europäischen Sicherheitsstrategien aus österreichischer Perspektive“.

„Die Herausforderungen im Bereich innere Sicherheit betreffen die Menschen unmittelbar“, sagte Gruppenleiter Sandrisser. Diese hätten hier andere, konkretere Erwartungen als im Bereich der „Gemeinsamen Sicherheits-

und Verteidigungspolitik“ (GSVP) der Europäischen Union. Durch die Migrationskrise 2015 sei es auch zu einer Sicherheitskrise in der EU gekommen. In Österreich glaubten über 90 Prozent der Bevölkerung zwar nach wie vor, dass Österreich sicherer sei als andere EU-Staaten, aber das Sicherheitsgefühl nehme ab; auch in Bereichen, in denen dies mit objektiven Fallzahlen nicht übereinstimmt, wie die Wahrnehmung von Kriminalität im Burgenland zeige. Sandrisser warf Fragen auf, um zum Nachdenken anzuregen: Brauchen wir die Europäische Union? Ist ihr Bestand gesichert? Handelt die EU gemäß ihren Verträgen?

Wurde die erste Frage vom Publikum durchwegs positiv beantwortet, spiegelte sich an vielen „Nein“-Antworten zu den beiden weiteren Fragen eine beträchtliche Skepsis gegenüber



EU-Parlamentsgebäude in Brüssel: Es gibt kein einheitliches Konzept einer EU-Strategie der inneren Sicherheit.

der aktuellen EU-Politik wider. Ein ähnliches Bild zeigte sich zur Frage der erneuerten EU-Strategie der inneren Sicherheit 2015 bis 2020. „Es gibt diesbezüglich überhaupt kein einheitliches Konzept, in dem alle relevanten Herausforderungen, wie etwa auch die Migration, im Zusammenhang behandelt werden“, sagte der Gruppenleiter. Vielmehr müssten unterschiedliche Dokumente berücksichtigt werden, die primär von Beamten in Brüssel erstellt worden seien. Ob die Mitgliedstaaten daher tatsächlich hinter solchen Dokumenten stehen, insbesondere auch politisch, sei zweifelhaft.

Ein erster Schritt sei es, dass nun zumindest bestimmte Aspekte der Migration, beispielsweise im Bereich Grenzschutz und Grenzkontrolle, auch als Fragen der Sicherheit mitbedacht und dementsprechend behandelt würden. Weiters informierte Sandrisser über die neue Sicherheitsdoktrin des BMI für Österreich 2017 bis 2020 mit dem Titel „Mehr Freiheit, mehr Sicherheit“. Proaktive Gestaltung und Prävention stünden dabei im Mittelpunkt der rund 160 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern. Für die Bekämpfung von Extremismus brauche es etwa einen proaktiven gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansatz – Prävention und Reaktion seien hier nicht genug. „Wir müssen auch das Verständnis für europäische Werte und deren Akzeptanz breit in der Gesellschaft fördern“, betonte Sandrisser.

Ein anderes wichtiges Ziel sei ein neues EU-Schutzsystem im Bereich

Asyl. Das derzeitige EU-Asylsystem funktioniere nämlich nicht; es sei ungerecht und unmenschlich und fördere Kriminalität und Radikalisierung. „Kriminelle Schlepperaktivitäten über das Mittelmeer, bei denen viele Menschen ihr Leben verlieren, müssen gestoppt werden. Zudem braucht es Zugang zu Schutz schon vor Ort.“ Das Innenministerium arbeite seit einiger Zeit mit einer Reihe von EU-Partnern an einem solchen „Future European Protection System“ (FEPS).

Bürgernah und krisenfest. Gruppenleiter Sandrisser berichtete auch über geplante Schwerpunkte für Österreichs EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018. Im Bereich innere Sicherheit müsse die Union bürgernäher, krisenfester und zukunftsfähiger werden. Das sei eine mittelfristige Herausforderung. Daher werde sich Österreich eng mit jenen Mitgliedstaaten abstim-



Konferenz „Die Sicherheitskrise“: Gerhard Jandl, Sicherheitspolitischer Direktor im BMEIA, Prof. Andreas Kumin (BMEIA), Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser (BMI).

men, die die Präsidentschaft bis zum deutschen Vorsitz im zweiten Halbjahr 2020 innehaben.

Wichtige Themen seien etwa die Stärkung von „Community Policing“ unter Nutzung des Modells „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ und die Herausbildung eines Sicherheitssystems 4.0 für die digitale Welt.

Flucht und Migration. Österreich leiste in der Flüchtlingshilfe relativ gesehen mehr als fast alle anderen EU-Staaten, sagte Wilhelm Sandrisser in der anschließenden Diskussion. Um das Image der Migration in eine positive Richtung zu ändern, müsse man auch bei potenziellen Migranten ansetzen. Man müsse auch Schutzbedürftige schon vor Ort fragen, ob sie in einer offenen Gesellschaft leben und damit verbundene Freiheitsrechte respektieren oder ihre Lebensweise zum Beispiel an der Scharia orientieren wollten. Es müsse klar vermittelt werden, dass Letzteres in Europa nicht möglich sei. „Wir sind gefordert, die Werte unserer freien Gesellschaften zu fördern und zu verteidigen.“

In diesem Zusammenhang betonte der Gruppenleiter, dass es für ein Innenministerium einen Paradigmenwechsel darstelle, Freiheit gegenüber Sicherheit in den Vordergrund zu stellen, wie die Doktrin des Innenministeriums „Mehr Freiheit, mehr Sicherheit“ zeige. Die gelebte Freiheit sei und werde aber immer wichtiger, gerade in unstenen Zeiten wie diesen.

Paul Schlieffsteiner

FOTOS: LORIN-JOHANNES WAGNER, GREGOR WENDA